

Bargeld in  
 Die Stadt.  
 mittags über  
 noch 100 RM.  
 g an tat. Das  
 erhalten nicht  
 umlaufenden  
 in Stuttgart  
 wie uns von  
 ihrem einzigen  
 sammlungen  
 alle zu Ruhe  
  
 35-190; neue  
 Weizenmehl  
 Meie 12,50 bis  
 26-31; Fut-  
 blaue 18 bis  
 0; Weinkuchen  
 raktionschrot  
 -5 RM. Au-  
  
 enen Wochen-  
 el 10; Spinat  
 maten 35 bis  
 entohl 10-30,  
 5 Pf. je das  
 e der Bund;  
 nisbeeren 22,  
 n 35-40 Pf.,  
 ter 1,60 RM.,  
  
 e:  
  
 w.  
  
 end  
  
 dfunks  
 Uhr 30 im  
 l  
 L  
 otte Herzog,  
 to Seyfert,  
  
 raschungen  
  
 e: Mk. 1.-  
 ankquittung  
 : Mk. -80  
  
 efon Nr. 70  
  
 uch möchte  
 verstehen,  
 nen meine  
 die Chloro-  
 Chlorodont  
 beiten Zähne  
 täglichen Ge-  
 C. Reidel,  
 it-Zahnpaste,  
 dafür zurü-  
  
 um  
 chholz-  
 chen  
 benzell,

**Erscheinungsweise:**  
 Täglich mit Ausnahme  
 der Sonn- und Feiertage  
  
**Anzeigenpreis:**  
 a) im Anzeigenteil:  
 die Seite 20 Goldpfennige  
 b) im Reklameteil:  
 die Seite 65 Goldpfennige  
  
 Auf Sammelanzeigen  
 kommen 50% Zuschlag  
  
 Für Plakatschriften  
 kann keine Gewähr  
 übernommen werden  
  
 Gerichtsstand  
 für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
 In der Stadt 40 Goldpfennige  
 wöchentlich mit Trägerlohn  
 Post-Bezugspreis 40 Gold-  
 pfennige ohne Bestellgeld  
  
 Schluß der Anzeigen-  
 annahme 8 Uhr vormittags  
  
 In Fällen höherer Gewalt  
 besteht kein Anspruch auf Lieferung  
 der Zeitung oder auf Rückzahlung  
 des Bezugspreises  
  
 Fernsprecher Nr. 9  
  
 Verantwortl. Schriftleitung:  
 Friedrich Hans Scheele  
 Druck und Verlag  
 der A. Oelschläger'schen  
 Buchdruckerei

Nr. 162

Mittwoch, den 15. Juli 1931

Jahrgang 104

# Ein Selbsthilfeprogramm der Reichsregierung

## Vor Maßnahmen zur Behebung der Geldmittelknappheit — Die Entscheidung über eine internationale Kredithilfe liegt bei Frankreich

U. Berlin, 15. Juli. Im Vordergrund der gegenwärtigen Beratungen des Reichskabinetts steht zurzeit die Sorge um die Ueberbrückung der Umlaufmittelnote. Es stehen, wie verlautet, verschiedene Projekte, wie dieser Not zu begegnen ist, zur Erörterung. Die größte Aussicht auf Durchführung hat vielleicht der Plan, eine gewisse Menge Rentenmarkscheine wieder in den Verkehr zu bringen. Diese müßten natürlich eine besondere Deckung haben und man erwägt, entweder durch eine Verordnung die Rentenbank zu autorisieren, Rentenmarkscheine gegen Verpfändung von lombardfähigen Effekten im Rahmen des Lombards, der an der Reichsbank zulässig ist, in Umlauf zu bringen, oder auch zu diesem Zweck eine besondere Bank (Lombard-Bank) ins Leben zu rufen. Der Gefahr einer inflationistischen Wirkung dieser Umlaufmittelvermehrung will man dadurch begegnen, daß die Höhe des zulässigen Umlaufs von vornherein gesetzlich beschränkt bleibt. Man spricht von 600 bis 800 Millionen. Durch Verkopplung der Rentenmark mit der Reichsmark, die man glaubt ohne Aenderung des Bankgesetzes auf dem Verordnungswege schaffen zu können, soll ein Disagio (Unterbewertung) der Rentenmarkscheine vermieden werden.

Zu dem Plan, die Rentenmark wieder heranzuziehen, berichtet der „Berliner Börsen-Courier“ noch ergänzend: Es handelt sich darum, die Basis so stark wie möglich zu gestalten. Die Rentenbankscheine werden bekanntlich durch den landwirtschaftlichen Grundbesitz garantiert. Da dieser infolge des Sinkens der Preise für die gesamten Landwirtschaftserzeugnisse in seinem Wert ermäßigt ist, sind Verhandlungen mit der Industrie im Gange, wie weit diese die Mitbürgerschaft für die Rentenbankscheine zu übernehmen bereit und in der Lage ist. Diese Verhandlungen stehen unseres Wissens im Augenblick günstig. Die erforderlichen zeitlichen Zusatzmittel werden auf etwa 600 Millionen Mark veranschlagt.

Der Kabinettsauschuss für Finanz- und Wirtschaftsfragen trat gestern abend erneut zusammen, um sich an die nunmehr dringend zu lösenden innerfinanziellen Fragen heranzumachen. Bieweit der Plan, die notwendigen Zahlungsmittel durch den Rückgriff auf die Rentenbankscheine zu sichern, gelassen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Es ist aber zweifelhaft, ob vor heute abend die in dieser Hinsicht erörterten Pläne greifbare Form gewinnen. Sicher ist, daß spätestens bis Donnerstag früh eine Art innerfinanzielle deutsche Selbsthilfe geschaffen sein muß, da auf alle Fälle die Banken am Donnerstag die Schalter wieder öffnen sollen. — Wie der „Börsen-Courier“ in diesem Zusammenhang mitteilt, läßt sich zwar im Augenblick zuverlässig sagen, daß an ein allgemeines inneres Moratorium nicht gedacht wird, wohl aber kommt gegebenenfalls ein teilweise inneres Moratorium in Betracht, dessen Einzelheiten noch zu erwägen wären. Das Hauptproblem sei im Augenblick indessen, wieweit ein Auslandsmoratorium sich als notwendig erweisen werde, ein Problem, das naturgemäß mit aller Vorsicht behandelt werden müsse. Dem „Börsen-Courier“ zufolge ist weiterhin auf dringende Vorstellungen von industrieller Seite Fühlungnahme mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht genommen worden, um ihn bei der Ausführung der sich ergebenden vielfältigen und schwierigen Aufgaben heranzuziehen, nicht zuletzt, weil gerade im Ausland seine Autorität auf währungs- und finanzpolitischem Gebiet gewürdigt werde. Man erwartet, daß in den neu zu beschließenden Maßnahmen auch eine Devisenverordnung enthalten sein wird.

**Vor Donnerstag keine neuen Maßnahmen zu erwarten.**  
 Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden heute Besprechungen der zuständigen Regierungsstellen mit Finanz- und Wirtschaftskreisen stattfinden, sodas sich erst Donnerstag vormittag, spätestens Donnerstag nachmittag, ein Bild über die neu zu ergreifenden Schritte ergeben wird.  
 Wie der „Local-Anzeiger“ meldet, ist der Verwaltungsrat der Rentenbank zur Beratung des Planes einer Verwendung von Rentenmarkscheinen auf heute nachmittag zu einer Sitzung einberufen worden.

**Neue Durchführungsverordnung zur Verordnung über Bankfeiertage.**

Die Reichsregierung hat folgende weitere Durchführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 erlassen.  
**Artikel 1:** Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.  
**Art. 2:** Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Ge-

bühren, Auslagen oder Vorschüssen oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgesehen, an deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.  
**Art. 3:** Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

### Steuern müssen gezahlt werden.

Amtlich wird mitgeteilt: „Die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse haben in gewissem Umfange zu einer Steuervermehrung der Steuerzahlungen geführt. Eine derartige Steigerung muß im Interesse der Allgemeinheit mit allen Mitteln bekämpft werden. Gerade in Zeiten wie den gegenwärtigen ist besonderer Wert darauf zu legen, daß jeder seinen steuerlichen Verpflichtungen pünktlich nachkommt. Gehen die geschuldeten Steuern nicht pünktlich ein, so wird wie bisher mit Einziehung im Nachnahmeverfahren, Mahnung und Beitreibung vorgegangen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch trotz der beiden Bankfeiertage Steuerüberweisungen von den Banken, Sparkassen und Postspendekassern, sowie Scheckzahlungen jederzeit vorgenommen werden können. Das gilt auch für die Inhaber von Konten bei der Darmstädter- und Nationalbank.“

### Keine Postanweisungen nach dem Ausland

Das Reichspostministerium teilt mit: Da zur Zeit Börsenkursnotierungen nicht stattfinden, ist es der Post bis auf weiteres nicht möglich, Einzahlungen auf Postanweisungen nach dem Auslande anzunehmen. Die Postanstalten sind entsprechend angewiesen. Außerdem sind die Postspendekassern ebenfalls wegen der Unterbrechung der Kursnotierungen an den deutschen Börsen angewiesen worden, die bei ihnen eingehenden Ueberweisungen nach dem Auslande bis auf weiteres nicht auszuführen.

### Kein Einfluß der Bankfeiertage auf die Arbeitslosenunterstützung.

Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, werden die beiden Bankfeiertage keinen Einfluß auf die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen ausüben, da die Reichsanstalt in Bankverbindung vor allem mit der Reichsbank steht.

Der deutsche Landgemeindetag hat bei der Reichsregierung dringende Vorstellungen erhoben, daß bei allen kommenden wirtschaftlichen Maßnahmen die Mittel für die zwangsläufigen Soziallasten der Gemeinden in erster Linie sichergestellt werden.

### Auch heute keine Börse

Der Börsenvorstand der Berliner Börse, Abteilung Wertpapierbörse, erließ folgende Bekanntmachung: Mit Rücksicht auf die durch Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 angeordneten Bankfeiertage bleiben die Börsenräume auch Mittwoch, den 15. Juli 1931, für den Börsenverkehr in Effekten, Devisen, Noten und Metallen geschlossen. Ueber die weitere Regelung des Börsenverkehrs werden besondere Beschlüsse ergehen.

Der ehemalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Karl Bergmann, wird den Posten eines Reichskommissars für die Danabank übernehmen.

### Mageres Ergebnis in Basel

**Reichsbank-Redisfondkredit um drei Monate verlängert**  
 Die Reichsbank bestätigt nunmehr, daß der von den Internationalen Notenbanken und der B.Z. eingeräumte 100-Millionen-Dollar-Redisfondkredit, der bekanntlich Mitte Juli fällig war, um 3 Monate bis Mitte Oktober verlängert worden ist. — Mehr hat Dr. Butcher anscheinend in Basel nicht erreicht.

Wie die „Börsenzeitung“ zu der Verwaltungsratsitzung der B.Z. am Montagabend ergänzend aus Basel meldet, wurde dort nach Annahme des Antrages auf Verlängerung des Redisfondkredits von 100 Millionen Dollar für die Reichsbank ein zweiter Antrag des Gouverneurs der Bank von England eingebracht. Dieser Antrag bezweckte eine Erhöhung dieses Redisfondkredits. Er wurde infolge des Widerstandes der Bank von Frankreich und der belgischen Nationalbank abgelehnt.

### Keine deutsche Bitte um Hilfe im Ausland

Der Wortlaut der Mitteilung, die die B.Z. am gestrigen Montag veröffentlichte, könnte den Eindruck erwecken, als ob das Deutsche Reich im Auslande um Hilfe gebeten bzw. für sich selbst ausländische Kredite nachgesucht hätte. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß das Reich durch seine Botschafter die in Frage kommenden Regierungen lediglich auf den Ernst der deutschen Wirtschaftslage hingewiesen hat.

## Tages-Spiegel

Der Reichsbankpräsident hat gestern im Reparationsauschuss des Kabinetts über seine wenig erfolgreichen Verhandlungen in Basel berichtet, worauf sich das Kabinett entschloß, ein Selbsthilfeprogramm aufzustellen.

Das neue Programm der Regierung soll bis morgen früh fertiggestellt sein und Maßnahmen zur Behebung der Geldmittelknappheit sowie zur Regelung des Devisenverkehrs enthalten.

Die Reichsregierung hat eine weitere Durchführungsverordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage erlassen.

Reichspräsident von Hindenburg wird heute von seinem Gutshaus in Kyrenken nach Berlin zurückkehren.

Auf die unverbindliche Bereitschaftserklärung der B.Z. für eine Kredithilfe für Deutschland legt man in Berlin wenig Wert, da sie die Entscheidung wieder nach Paris verlegt.

Der englische Außenminister Henderson ist in Paris eingetroffen. Aus Aeuherungen seiner Begleiter geht hervor, daß die angelsächsischen Staaten nur in einer deutsch-französischen Entspannung die Rettung sehen.

In Stuttgart ist gestern abend Vizkanzler a. D. Geheimrat Friedrich v. Payer im Alter von 84 Jahren gestorben.

## Die Entscheidung liegt bei Frankreich

U. Berlin, 15. Juli. Unter der Ueberschrift „Entscheidung bei Frankreich“ schreibt die „Germania“ u. a.: Zu zwölfstägigen harten Stellungskämpfen hat Frankreich das Kapital an Vertrauen zu verwirrfachen verstanden, das aus dem großzügigen Schritt des Weissen Hauses auf Mitteleuropas Wirtschaftslage zurückströmte. Zum Schluß war der Hooverplan gerettet, aber sein unmittelbares Ziel nicht erreicht, nämlich die Rettung aus der deutschen Krise. Wir brauchen sofort die neue „Cooperation“. Frankreich trägt eine schwere Verantwortung für Europa — zum zweiten Male im Verlauf dreier Wochen! Wenn es in diesem Augenblick von sich aus ohne kleinliche politische Forderungen zu stellen in der Kreditation die Führung ergreift, dann würde es das Hauptverdienst an der Rettung aus der deutschen Krise tragen und in Deutschland würde diese Handlungsweise nicht vergessen werden.

Frankreich bringt kein Opfer und geht kein Risiko ein, wenn es mit dieser Kreditation gleichzeitig eine neue Basis deutsch-französischer Wirtschaftszusammenarbeit schafft, die eine tragfähigere Grundlage der Politik darstellt, als machtpolitische Instrumente und ein läckenloses Bündnisystem. Der deutsche Besuch in Paris würde unter diesen Umständen die günstigsten Aussichten auf eine Verständigung eröffnen, die den Wünschen beider Länder entgegenkommt, ohne dem einen von ihnen ein innen- wie außenpolitisch gleich untragbares Diktat aufzuerlegen. Der stärkere Partner kann mit größerem Recht von der Freiwilligkeit seiner Zugeständnisse reden, ohne sich der Gefahr auszusehen, eine Politik nutzloser Vorleistungen zu treiben. Die Frage an Frankreich ist zugleich eine Frage an das europäische Schicksal!

**Der Vorkonferenzrat des Reichstages auf Freitag einberufen.**  
 Präsident Loebe hat den Vorkonferenzrat des Reichstages zu Freitag, den 17. Juli, 11 Uhr vormittags einberufen. Es soll über die Anträge der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten auf Reichstagsseinberufung entschieden werden.

## Deutsche Auslandsreisende in Schwierigkeit

— Berlin, 15. Juli. Aus dem Ausland hat infolge der Krisenlage eine Massenrückkehr deutscher Sommergäste eingesetzt. In Belgien gerieten die dort weilenden Deutschen, soweit sie sich nicht rechtzeitig mit belgischem Geld eingedeckt hatten, in Schwierigkeiten; da die Mark nicht notiert wird, werden sie bereits ausgebeutet, indem man ihnen die Mark nur zu Minimalbeträgen abkauft. Auch in den west- und östlichen Weltbädern, die zum großen Teil von Reichsdeutschen besucht sind, unterbrach ein großer Teil der reichsdeutschen Wälderbesucher den Aufenthalt in Karlsbad, Marienbad und Franzensbad und reiste nach Deutschland zurück. Wie berichtet wird, kehren sich viele dieser Wälderbesucher zu überfüllten Markteinwechslungen hinreißen und gaben die Mark zu 4, 5 und 6 schweizischen Kronen hin. Dienstag vormittag wechselten die Filialen der Großbanken in Karlsbad überhaupt keine Mark ein. Auch in Umferdam wurde der Markhandel bis auf weiteres eingestellt.





